

## C1. Vertrag

zwischen

**Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)**

Glinkastraße 40, 10117 Berlin

vertreten durch die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin, Frau Dr. Edlyn Höller, diese wiederum vertreten durch die Leiterin des Stabsbereichs Kommunikation (KOM), Frau Britta I-bald,

– nachfolgend „Auftraggeber“ oder „AG“ genannt –

und

[...]

vertreten durch [...]

– nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt –

– nachfolgend gemeinsam auch „Parteien“ genannt –

Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

**Vertragsinhalte**

§ 1	Vertragsgegenstand.....	3
§ 2	Vertragsbestandteile .....	3
§ 3	Rahmenvertrag und Einzelabrufe .....	3
§ 4	Rechte und Pflichten des AN.....	4
§ 5	Umfang der Leistung und Ausführung .....	4
§ 6	Ausführungsfrist .....	5
§ 7	Rechteeinräumung an den Vertragsergebnissen.....	5
§ 8	Rechtegarantie Vertragsergebnisse .....	8
§ 9	Bestellabwicklung Schriftlizenzen.....	9
§ 10	Freistellung von Ansprüchen Dritter wegen Schriftlizenzen .....	10
§ 11	Vergütung und Rechnungsstellung.....	10
§ 12	Personal.....	12
§ 13	Übertragung der Leistung auf Dritte .....	12
§ 14	Leistungsänderungen, Zusatzaufträge .....	12
§ 15	Haftung und Versicherung.....	12
§ 16	Regelungen zum Mindestlohngesetz.....	13
§ 17	Vertraulichkeit, Datenschutz.....	14
§ 18	Kündigung und Antikorruptionsklausel.....	16
§ 19	Minderung / Aufrechnung / Zurückbehaltungsrechte .....	17
§ 20	In-Kraft-Treten, Laufzeit und Kündigung.....	17
§ 21	Änderungsklausel.....	18
§ 22	Formerfordernis.....	18
§ 23	Salvatorische Klausel .....	18
§ 24	Gerichtsstand und anwendbares Recht.....	18

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

Gegenstand dieses Vertrages ist die Betreuung und Weiterentwicklung des Corporate Designs des AG und dessen Mitglieder. Details regeln dieser Vertrag, die Leistungsbeschreibung und die sonstigen Vergabeunterlagen. Sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen werden ausschließlich vom AN an den AG erbracht. Die Weitergabe von Leistungsinhalten an Mitglieder des AG erfolgt durch den AG.

## **§ 2 Vertragsbestandteile**

(1) Vertragsbestandteile sind:

- a) die Regelungen dieses Vertrages (Dokument C1) sowie der AVV (Dokument C2)
- b) die Leistungsbeschreibung des AG in der zuletzt veröffentlichten Fassung (Anlage 1)
- c) ggf. der beantwortete Fragenkatalog in der zuletzt veröffentlichten Fassung (Anlage 2)
- d) das im Zuschlagsschreiben benannte Angebot des AN, insbesondere das Preisblatt (Anlage 3)
- e) die Regelungen der EVB-IT Pflege S AGB
- f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen über die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.

(2) Bei Widersprüchen gelten diese Vertragsbestandteile in vorstehender Reihenfolge. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nicht.

## **§ 3 Rahmenvertrag und Einzelabrufe**

(1) Die Parteien schließen hiermit einen Rahmenvertrag über die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen. Folgende Leistungen gelten ohne gesonderten Einzelabruf ab Leistungsbeginn als abgerufen / beauftragt:

- a) Betreuung der Beratungsstelle Corporate Design (vgl. Ziff. 3.2 der Leistungsbeschreibung)
- b) Technische Übernahme, Hosting und Betreuung des Corporate-Design-Service-Portals (Hosting) (vgl. Ziff. 4.1 der Leistungsbeschreibung)
- c) Altes, archiviertes CD-Portal: Technische Übernahme und Hosting (vgl. Ziff. 5 der Leistungsbeschreibung)

## Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

Für alle übrigen Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung (z. B. umfassendere Beratungsleistungen, konzeptionelle Entwürfe, Grafik- und Layoutleistungen) erfolgt die konkrete Beauftragung erst durch Einzelabruf. Der Einzelabruf erfolgt durch den AG mindestens in Textform (E-Mail ausreichend).

(2) Bei Bedarf findet vor einem Einzelabruf ein Briefing-Gespräch zur Leistung statt, um Umsetzungsvarianten und Leistungsumfang festzulegen.

(3) Der AN ist verpflichtet, auf Nachfrage des AG vor der Einzelbeauftragung den zeitlichen Aufwand für eine Leistung oder ein Projekt zu schätzen und die konkreten Leistungsbestandteile mit den jeweiligen Teilaufwänden zu benennen.

(4) Während der Transitionszeit hat der AN keinen Anspruch auf Abruf von Einzelleistungen, die über die Transitionsleistung (siehe Ziff. 13 der Leistungsbeschreibung) hinausgehen. Grundsätzlich erfolgen Einzelabrufe in diesem Zeitraum beim aktuellen Bestands-AN des AG. Abweichungen sind nur nach Absprache zwischen den Parteien zulässig.

(5) Der AN ist verpflichtet, die Leistung zu erbringen, wenn der AG ihm einen Einzelabruf erteilt. Der AN hat keinen Anspruch auf Beauftragung bzw. Abruf einer bestimmten Mindestabnahmemenge.

(6) Bei der Beauftragung durch Einzelabrufe werden keine Änderungen an den Bedingungen dieses Rahmenvertrages vorgenommen. Insbesondere ist der AN an seine angebotenen Preise gebunden.

(7) Einzelabrufe, die vor Ende der Rahmenvertragslaufzeit erfolgen, sind in jedem Fall auszuführen.

### **§ 4 Rechte und Pflichten des AN**

(1) Der AN ist verpflichtet, dem AG für den Fall einer Neuvergabe der vertragsgegenständlichen Leistungen alle hierfür erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist der AN verpflichtet, im Fall eines Wechsels des Vertragspartners alle zur Leistungserbringung erforderlichen Informationen an den neuen AN zu übergeben.

(2) Die übrigen Rechte und Pflichten ergeben sich aus den sonstigen Regelungen dieses Vertragstextes inkl. aller Vertragsbestandteile.

### **§ 5 Umfang der Leistung und Ausführung**

(1) Der AN erbringt die vertragsgegenständlichen Leistungen mit größtmöglicher Sorgfalt, Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik. Er berücksichtigt nach Absprache und sofern im Einzelfall sinnvoll allgemeine Verfahrensvorschriften sowie gegebenenfalls spezifische Bestimmungen, Methoden und Anwendungspraktiken des AG.

(2) Der Leistungsgegenstand hat über die Leistungsbeschreibung hinaus alle etwaigen zwingenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen sowie sämtliche branchenüblichen

## Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

Normen und Richtlinien zu erfüllen. Über deren Anwendbarkeit hat sich der AN eigenverantwortlich zu informieren.

(3) Der AN hat sich über alle Einzelheiten, die zur Erfüllung der vereinbarten Leistung erforderlich sind, in eigener Verantwortung Klarheit zu verschaffen. Fehlende, unvollständige, unklare und / oder verspätete Angaben gehen zu seinen Lasten.

(4) Im Übrigen wird für die Leistungsausführung auf § 4 VOL/B verwiesen.

(5) Vertragssprache ist deutsch. Dies gilt auch für die unter diesem Vertrag geschuldeten Leistungen.

### **§ 6 Ausführungsfrist**

(1) Sämtliche geschuldete Leistungen sind innerhalb der in der Leistungsbeschreibung festgelegten, während der Vertragsdurchführung zwischen den Parteien verbindlich und in Textform vereinbarten oder bei Rahmenverträgen im Rahmen der Einzelabrufe festgelegten Fristen zu erbringen.

(2) Die Einhaltung der Ausführungsfrist(en) ist wesentlich für die Vertragserfüllung.

(3) Nicht zu vertretende Behinderungen gemäß § 5 Nr. 2 Abs. 1 VOL/B berechtigen den AG, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder ganz oder teilweise von ihm zurückzutreten, wenn zuvor eine angemessene Verlängerung der Ausführungsfrist erfolgte. In Abweichung zu § 5 Nr. 2 Abs. 2 VOL/B gilt als vereinbart, dass eine solche Verlängerung der Ausführungsfrist um höchstens sechs (6) Wochen ab Zugang der Mitteilung aus § 5 Nr. 1 VOL/B gewährt wird. Dem AG steht es frei, kürzere Verlängerungsfristen vorzugeben.

### **§ 7 Rechteeinräumung an den Vertragsergebnissen**

(1) Der AN überträgt dem AG mit Vertragsschluss – spätestens im Zeitpunkt des Entstehens – sämtliche im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung bei ihm entstandenen, entstehenden oder hierfür von ihm erworbenen oder zu erwerbenden Rechte, insbesondere urheberrechtliche Nutzungs- und Leistungsschutzrechte, an den vertragsgegenständlichen Beratungs- und Serviceleistungen, z. B. Grafiken, Layout, Logos, Vorlagen, Lösungsvorschläge, Unterlagen, Videos zur Präsentation des CD etc. (nachfolgend: Vertragsergebnisse), ausschließliche, zeitlich, örtlich und inhaltlich unbeschränkt. Von dieser Rechteeinräumung ausgenommen sind die Schriftlizenzen, vgl. § 10. Diese Rechtsübertragung umfasst insbesondere das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung sowie das Recht zur öffentlichen Wiedergabe einschließlich des Rechts zur öffentlichen Zugänglichmachung und Sendung, der AG ist daher beispielhaft berechtigt:

- a) die Vertragsergebnisse ganz oder teilweise, ohne jede Beschränkungen, unabhängig von Ausgabe, Auflage oder Stückzahl, in gedruckten und elektronischen Publikationen und / oder unter Verwendung digitaler Speicher- und Wiedergabemedien, unabhängig von der technischen Ausstattung und einschließlich sämtlicher digitaler oder interaktiver Systeme (zB CD-ROM, CD-I, E-Book und sonstige Formen des electronic

Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

publishing und / oder auf sämtlichen Datenträgern zu vervielfältigen und zu verbreiten, insbesondere das Recht, die Vertragsergebnisse in Gestalt von Publikationen des AG durch einen Vertriebspartner zu vervielfältigen und zu vertreiben;

b) die Vertragsergebnisse der Öffentlichkeit und im Intranet und UV-Net ganz oder teilweise zugänglich zu machen einschließlich Nutzern von Websites zum Abruf zur Verfügung zu stellen sowie von Nutzern durch Abruf vervielfältigen zu lassen; hiervon erfasst sind insbesondere sämtliche Angebotsarten von Websites, z. B. das freie Internet, kostenpflichtige Websites, sonstige Online- und Offlinedienste und interne Netze;

c) die Vertragsergebnisse ganz oder teilweise in Datenbanken einzuspeisen und dauerhaft oder vorübergehend zu speichern und zum Abruf bereit zu halten;

d) die Vertragsergebnisse bei Veranstaltungen jeglicher Art, z. B. Seminaren, Workshops, Besprechungen, ganz oder teilweise zu vervielfältigen und öffentlich sowie nicht öffentlich wiederzugeben.

(2) Der AN hat mit seinen Beschäftigten und Dritten (z.B. Unterauftragnehmern und freien Mitarbeitern) gültige und ausreichende Vereinbarungen zu treffen bzw. wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, welche die Rechteeinräumung an den von diesem Personenkreis geschaffenen Vertragsergebnissen – insbesondere hinsichtlich fremder Text- und / oder Bildvorlagen – auf den AG sicherstellen. Der AN verpflichtet sich daher, auch wenn er nicht selbst der Urheber ist, die notwendigen Rechtsübertragungen herbeizuführen, so dass er in der Lage ist, seine vertraglichen Pflichten vollständig zu erfüllen und dem AG die entsprechenden Rechte gemäß diesem Vertrag einzuräumen.

(3) Der AG ist berechtigt, die Vertragsergebnisse, unter Wahrung der Urheberpersönlichkeitsrechte, zu bearbeiten und umzugestalten (z.B. auch zu übersetzen) bzw. bearbeiten und anders umgestalten zu lassen, insbesondere die Vertragsergebnisse mit Beiträgen / Texten und / oder mit anderen urheberrechtlich geschützten Werken zu verbinden sowie die Vertragsergebnisse in Teilen zu verwenden sowie diese Bearbeitungen zu veröffentlichen und gemäß der vertragsgegenständlichen Rechteeinräumung zu verwerten. Davon erfasst ist auch das Recht, Logos, Marken, Produktbezeichnungen, Namen bzw. die Firma des AN oder anderer Dritter aus den Vertragsergebnissen zu entfernen und nicht zu nennen.

(4) Der Einsatz von KI (= Anwendungen, die mittels künstlicher Intelligenz Inhalte analysieren, verarbeiten, generieren oder verändern können) im Rahmen der Vertragserfüllung kann in vom AG vorab freigegebenen Einzelfällen zugelassen werden, sofern der AN sie lediglich als Werkzeug nutzt. Voraussetzung ist, dass Datenschutz, Vertraulichkeit, Transparenz, Nutzungsrechte sowie die fachliche Endkontrolle durch qualifiziertes Personal sichergestellt sind:

- Die Wahrung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gebietet es, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten mit/in KI nur im Einklang mit den geltenden Datenschutzbestimmungen erfolgen darf.
- Dem AN ist es nicht gestattet, bei der Nutzung von KI diese mit vertraulichen Informationen und Dokumenten des AG zu speisen.

Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

- Der AN hat beim Einsatz von KI eine fachkundige Überprüfung aller KI-generierten Inhalte vorzunehmen, bevor diese in die geschuldeten Vertragsergebnisse integriert werden. Hierbei hat der AN insbesondere sicherzustellen, dass die Qualität, Relevanz und Richtigkeit der KI-generierten und durch ihn zur Verarbeitung in die geschuldeten Vertragsergebnisse vorgesehenen Inhalte den im Übrigen vertraglich vereinbarten Standards entsprechen.

Soweit der Einsatz von KI gestattet ist, sind die gelieferten Inhalte in einer Form bereitzustellen, die eine Weiterverarbeitung ermöglicht. Zudem ist sicherzustellen, dass Herkunft, Bearbeitbarkeit und Rechtklärung der gelieferten Inhalte nachvollziehbar dokumentiert sind.

(5) Alle mittels KI erstellten und/oder bearbeiteten Vertragsergebnisse hat der AN zu kennzeichnen und dem AG das jeweils verwendete KI-Tool, den jeweiligen Versionsstand und die zur Generierung eingegebenen Inhalte (Prompts) nebst Datum in Textform mitzuteilen. Der AG kann selbst entscheiden, ob er die Vertragsergebnisse als KI-generiert bzw. KI-bearbeitet kennzeichnet, sofern keine unabdingbaren gesetzlichen Vorgaben entgegenstehen.

(6) Der AG darf die Vertragsergebnisse mit KI gemäß § 7 nutzen, bearbeiten und die Vertragsergebnisse auch in KI einpflegen, wobei es unerheblich ist, ob die genutzte KI mit den Vertragsergebnissen trainiert. Eine Pflicht zur Löschung der Vertragsergebnisse des AN aus trainierten Modellen besteht nicht.

(7) Der AG ist berechtigt, die Rechte an den Vertragsergebnissen im Rahmen seines satzungsgemäßen Verbandszwecks seinen Mitgliedern sowie im Rahmen gesonderter Vereinbarungen weiteren Einrichtungen des UV-Systems über das Corporate Design Portal zur Nutzung zu überlassen. Der AN ist verpflichtet, den AG bei der technischen Umsetzung des Portalzugangs für die Mitglieder des AG und die weiteren Einrichtungen des UV-Systems zu unterstützen. Ein eigenes Sublizenzierungsrecht des AN gegenüber den Mitgliedern des AG und den weiteren Einrichtungen des UV-Systems besteht nicht.

(8) Der AG ist berechtigt, die vertragsgegenständlichen Logos unbeschränkt als Marken schützen zu lassen und zu verwenden inkl. zu lizenzieren.

(9) Der AN ist damit einverstanden, dass eine Nennung des Urhebers/der Urheberin sowie des AN nicht erfolgt. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass der Urheber/die Urheberin hiermit einverstanden ist.

(10) Soweit der AG dem AN vorhandene Rechte an bereits bestehenden Werken (insbesondere Logos, Marken, Vorlagen des AG) zur Verfügung stellt, damit der AN die vertragsgegenständlichen Leistungen erbringen kann, handelt es sich nach dem gemeinsamen Verständnis der Parteien um eine sog. Beistellung. Eine Verwertungsbefugnis des AN an diesen bestehenden Rechten für eigene Zwecke oder zur eigenständigen Weiterlizenzierung an Dritte wird hierdurch nicht begründet.

(11) Der AN ist verpflichtet, alle Urheber- und sonstigen Rechte, die an den zur Verfügung gestellten Daten, Unterlagen, Materialien usw. des AG bestehen, zu beachten und deren Beachtung auch im Verhältnis zu von ihm mit der Leistungserstellung beauftragten Personen (z.B. Mitarbeitern oder Dritten wie Unterauftragnehmern und freie Mitarbeiter) sicherzustellen. Die Daten, Unterlagen, Materialien usw. sind nach Beendigung der vertraglich geschuldeten Leistung unaufgefordert an den AG zurückzugeben. Sofern diese nur in digitaler Form zur



## Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

Verfügung gestellt wurden, sind sie zu löschen, jedoch nur, sofern der AG dies vorab verlangt hat. Die durchgeführte Löschung ist dem AG auf Verlangen in Textform zu bestätigen.

(12) Ein von § 7 i.V.m § 8 abweichender Umfang der Rechteeinräumung für vom AN zu beschaffende Assets (z.B. Schriften, Icons, Illustrationen, Grafiken, Bilder, Vorlagen, Stock-Materialien, Sound- oder Videoelemente von Dritten) für den AG ist nur mit vorheriger ausdrücklicher und schriftlicher Freigabe durch den AG gestattet. Der AN hat den AG insbesondere über alle mit einer Abweichung von § 7 i.V.m § 8 einhergehenden Folgen, insbesondere hinsichtlich der Art und des Umfangs der Einschränkung, aufzuklären. Erteilt der AG keine Erlaubnis, ist der AN verpflichtet, alternative Assets zu verwenden, bei denen die in diesem Vertrag vereinbarte umfassende Rechteübertragung möglich ist. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Rechteklärung sowie Rechteeinräumung liegt beim AN.

### **§ 8 Rechtegarantie Vertragsergebnisse**

(1) Der AN versichert, dass er Inhaber der Rechte an den Vertragsergebnissen ist und berechtigt ist, diese Rechte dem AG wirksam zu übertragen bzw. einzuräumen. Der AN versichert außerdem, dass die Vertragsergebnisse einschließlich des Einsatzes von KI frei von Rechten Dritter sind, die der vertragsgegenständlichen Rechteeinräumung entgegenstehen könnten. Der AN versichert ferner, dass durch die Verwendung der Vertragsergebnisse keine Persönlichkeitsrechte oder sonstigen Schutzrechte Dritter verletzt werden und dass er weder ganz noch teilweise eine diesem Vertrag entgegenstehende Verfügung getroffen hat oder treffen wird.

(2) Der AN stellt den AG von jeglichen Ansprüchen Dritter, die gegen den AG aufgrund der Nutzung der vertragsgegenständlichen Rechte an den Vertragsergebnissen erhoben werden, vollumfänglich frei, es sei denn der AN hat die Rechtsverletzung nicht zu vertreten. Die Freistellung beinhaltet auch die Rechtsverfolgung und -verteidigung durch den AN und umfasst Vorschuss oder Ersatz der dem AG durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten, soweit diese nicht von Dritten zu erstatten sind. Diese Freistellung erfasst ausdrücklich auch solche Ansprüche Dritter, die diese gegenüber dem AG aufgrund einer Urheberrechtsverletzung des AN im Rahmen dessen KI-Verwendung erheben.

(3) Der AN hat auf Verlangen des AG den schriftlichen Nachweis zu erbringen, dass seine Beschäftigten sowie Dritte (z.B. freie Mitarbeiter und Subunternehmer) umfassende, auf den AG übertragbare, Nutzungsrechte eingeräumt haben.

(4) Sofern der AN Anhaltspunkte für eine Gesetzesverletzung oder eine Verletzung von Rechten Dritter hat, wird er den AG hierüber unverzüglich unterrichten und ggf. die Vertragsergebnisse bzw. Teile davon in entsprechender Form anpassen und / oder den AG bei der Abwehr von Ansprüchen Dritter unterstützen. Die Kosten hierfür sind von dem AN zu tragen, sofern die zugrundeliegende Rechtsverletzung vom AN zu vertreten ist.



## **§ 9 Bestellabwicklung Schriftlizenzen**

- (1) Der AN ist berechtigt und verpflichtet, für die Berechtigten (= Definition gem. Leistungsbeschreibung) Schriftlizenzen beim Lizenzinhaber zu erwerben und diese wiederum an die Berechtigten zu vertreiben.
- (2) Der Berechtigte und der AN besprechen vorab den gewünschten Lizenzierungsumfang (z.B. Neulizenzierung, Nachlizenzierung, gewünschter Einsatzbereich). Im Anschluss erhält der Berechtigte vom AN ein Angebot mit der gewünschten Schriftlizenz samt Lizenzbedingungen des Lizenzinhabers (z.B. Monotype), sofern einschlägig. Die Lizenzbedingungen des Lizenzinhabers können je nach gewünschter Schriftlizenz variieren.
- (3) Sofern der AN gegenüber den Berechtigten zusätzliche eigene rechtswirksame Allgemeine Geschäftsbedingungen verwenden möchte, hat er diese eigenverantwortlich und auf eigene Kosten zu erstellen. Diese Allgemeine Geschäftsbedingungen dürfen den Berechtigten nicht unangemessen benachteiligen oder den Vergabeunterlagen oder den Lizenzbedingungen des Lizenzinhabers widersprechen oder diese einschränken.
- (4) Der Berechtigte kann das Angebot des AN dann annehmen. Nach Vertragsschluss zwischen dem AN und dem Berechtigten erwirbt der AN die gewünschten Schriftlizenzen für den Berechtigten beim Lizenzinhaber auf eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Vertragspartner des Lizenzinhabers ist der AN. Vertragspartner des Berechtigten ist der AN. Die Pflicht des Berechtigten zur Kaufpreiszahlung besteht daher ausschließlich gegenüber dem AN. Die Lieferung der lizenzierten Schrift erfolgt durch den AN an den Berechtigten.
- (5) Die Preise, die der AN gegenüber den Berechtigten für die Schriftlizenz veranschlagt, dürfen den Preis des Lizenzinhabers nicht überschreiten. Der AN darf keinen zusätzlichen Aufschlag gegenüber dem Berechtigten für seinen Bestellservice erheben. Es wird nur die Lizenzgebühr des Lizenzinhabers veranschlagt.
- (6) Der AN ist auch dann zur Bestellabwicklung der Schriftlizenzen verpflichtet, wenn Änderungen eintreten, die eine Bestellabwicklung abweichend von Abs. 1 bis Abs. 5 erfordern, z. B. aufgrund von Änderungen der Lizenzbedingungen oder der Hausschrift. AN und AG vereinbaren in solchen Fällen rechtzeitig die weitere Vorgehensweise der Bestellabwicklung.
- (7) Für die Bestellabwicklung gem. Abs. 1 bis Abs. 6 gewährleistet der AN die Umsetzung der erforderlichen rechtlichen Vereinbarungen zwischen dem AN, dem Lizenzinhaber und dem Berechtigten.
- (8) Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung seiner ggf. verwendeten eigenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen und der Lizenzbedingungen des Lizenzinhabers.
- (9) Sofern der AN Hinweise oder Informationen vom Lizenzinhaber erhält, die für den Berechtigten von Bedeutung sein könnten, hat er diese entsprechend weiterzuleiten.
- (10) Der AN verpflichtet sich, die Lizenzen komplett von den Arbeitsplätzen zu entfernen, sobald die Lizenzen an den Berechtigten übergeben wurden. Der AN gewährleistet, dass die

Anzahl der lizenzierten Arbeitsplätze den Lizenzbedingungen des Lizenzinhabers entsprechen.

## **§ 10 Freistellung von Ansprüchen Dritter wegen Schriftlizenzen**

Der AN stellt den AG von jeglichen Ansprüchen Dritter, die gegen den AG aufgrund der Nutzung der Schriftlizenzen erhoben werden, vollumfänglich frei, es sei denn der AN hat die Rechtsverletzung nicht zu vertreten. Die Freistellung beinhaltet auch die Rechtsverfolgung und -verteidigung durch den AN und umfasst Vorschuss oder Ersatz der dem AG durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten, soweit diese nicht von Dritten zu erstatten sind.

## **§ 11 Vergütung und Rechnungsstellung**

(1) Der AN erhält für seine Leistungen die Vergütung laut Preisblatt. Als vertraglich vereinbarte Preise gelten die angegebenen Brutto-Preise.

(2) Nachforderungen des AN wegen eines unzutreffenden Umsatzsteuersatzes sind ausgeschlossen.

(3) Die Preise umfassen auch die Rechteeinräumung und die Kosten für die ggf. erforderliche Einbindung von Unterauftragnehmern.

(4) Der im Vergabeverfahren angebotene Stundensatz gilt für die im Preisblatt aufgelisteten Einzelpositionen. Bei den angebotenen Preisen handelt es sich um Festpreise für die Laufzeit des Rahmenvertrages. Die kleinste Abrechnungseinheit ist eine Viertelstunde (15 Minuten). Der AG fordert vom AN eine genaue Messung und Dokumentation der aufgewendeten Arbeitszeit. Der AN muss die einzelnen Tätigkeiten fortlaufend dokumentieren (inkl. Datum der Leistungserbringung) und mit den jeweiligen aufgewendeten Zeiten hinterlegen. Diese Dokumentation ist der Rechnung beizufügen, um Transparenz für den AG herzustellen.

(5) Der AN ist, hinsichtlich der Leistungen die nach Stundensätzen abgerechnet werden, monatlich zur Rechnungsstellung berechtigt. Der AN muss die einzelnen Tätigkeiten fortlaufend dokumentieren (inkl. Datum der Leistungserbringung) und mit den jeweiligen aufgewendeten Zeiten hinterlegen. Diese Dokumentation ist der Rechnung beizufügen, um Transparenz für den AG herzustellen.

(6) Der technische Betrieb des aktuellen Corporate Design Portals (siehe Ziff. 4.1 der Leistungsbeschreibung) wird einmal jährlich für einen Zeitraum von 12 Monaten abgerechnet, beginnend mit der Leistungszeit.

(7) Der technische Betrieb des alten, archivierten Corporate Design Portals (siehe Ziff. 5 der Leistungsbeschreibung) wird einmal jährlich für einen Zeitraum von 12 Monaten abgerechnet, beginnend mit der Leistungszeit.

(8) Reisekosten, die nicht gemäß den Festsetzungen in den Vergabeunterlagen bereits in den angebotenen Preisen enthalten sind, werden nur nach vorheriger Absprache zwischen

Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

den Parteien gesondert vergütet. Anfallende Reisekosten können entsprechend dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) mit schriftlichem Nachweis im Einzelfall ohne Aufschlag berechnet werden. Flugreisen sind nicht oder nur ausnahmsweise vorgesehen und sind in jedem Fall vorab mit dem AG abzustimmen. Gleiches gilt für Hotelübernachtungen. Reisezeiten werden nicht gesondert vergütet.

(9) Der AG trägt sämtliche anfallende Kosten. Hiervon ausgenommen ist lediglich der Erwerb von Schriftlizenzen durch die Berechtigten. In diesem Fall trägt der jeweilige Leistungsbezieher die anfallenden Lizenzkosten direkt. Die Rechnungsstellung an den AG ist in diesem Fall ausgeschlossen.

(10) Rechnungen sind im Pdf-Format an [eingangsrechnung@dguv.de](mailto:eingangsrechnung@dguv.de) zu übermitteln. Als Rechnungsanschrift ist folgende Anschrift des AG anzugeben: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) REB, Alte Heerstraße 111, 53757 Sankt Augustin. Die Rechnungsstellung erfolgt alternativ über das E-Rechnungsportal des AG, welches unter <https://uv.flow.tiekinetix.net> sowie unter Verwendung der Leitweg-ID 993-8005699900-17 abrufbar ist. In diesem Portal können Rechnungen im einheitlichen Format (geprüftes X-Rechnungsformat) erstellt, vorhandene Rechnungen hochgeladen sowie per E-Mail an [uv-erechnung@tiekinetix.net](mailto:uv-erechnung@tiekinetix.net) oder über Peppol eingereicht werden. Als Rechnungsanschrift ist folgende Anschrift des AG anzugeben: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) REB, Alte Heerstraße 111, 53757 Sankt Augustin. Die SAP-Bestell- bzw. Kontraktnummer, die dem AN mitgeteilt wurde, ist in jeder Rechnung anzugeben.

(11) Rechnungsbeträge sind innerhalb von 30 Tagen nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung bargeldlos auf ein vom AN anzugebendes Konto zu überweisen. Die Zahlungsfrist gilt als gewahrt, wenn der AG sein Kreditinstitut angewiesen hat, den Rechnungsbetrag zu überweisen.

(12) Mit der Zahlung der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN gegen den AG für die vom AN erbrachten Leistungen und alle sonstigen vertraglichen Verpflichtungen sowie mit der Leistungserbringung in Zusammenhang stehenden Kosten und Aufwendungen des AN vollständig abgegolten.

(13) Im Falle einer Bietergemeinschaft werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den AG an den für die Ausführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung bezahlt. Dies gilt auch nach Auflösung der Bietergemeinschaft.

(14) Im Fall von Rückforderungen des AG aus Überzahlungen und ggf. Zahlungsverpflichtungen des AN aus Verzug kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen, vgl. §§ 812 ff., 818 Abs. 3 BGB. Im Falle der Überzahlung hat der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 v.H. über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

(15) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des AG in Textform statthaft.

## **§ 12 Personal**

- (1) Der AN verpflichtet sich, nur zuverlässige und qualifizierte Personen für die Leistungserbringung einzusetzen, die gemäß den Festlegungen in den Vergabeunterlagen qualifiziert sind oder, falls eine Festlegung nicht erfolgte, deren Qualifizierung erwarten lässt, dass sie die Leistung einwandfrei erbringen werden. Sofern im Eignungsbogen das für die Leistungserbringung vorgesehene Personal anzugeben ist, ist der AN verpflichtet, dieses Personal oder jedenfalls gleichwertiges Personal mit mindestens der angegebenen Eignung für die Vertragsdurchführung einzusetzen.
- (2) Ein Austausch des verantwortlichen Personals darf nur mit mindestens gleich qualifizierten Personen erfolgen. Der Austausch des verantwortlichen Personals gemäß den Festsetzungen der Vergabeunterlagen ist dem AG im Vorfeld anzuzeigen. Die Ersatzperson kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes abgelehnt werden.
- (3) Im Falle eines Wechsels des verantwortlichen Personals hat der AN die Pflicht, den neuen Mitarbeiter auf seine Kosten einzuarbeiten.

## **§ 13 Übertragung der Leistung auf Dritte**

Eine Übertragung der Leistung ganz oder in Teilen auf Dritte nach der Zuschlagserteilung ist nur mit vorherigem Einverständnis des AG in Textform zulässig. Der AG behält sich vor, die Zuverlässigkeit und Eignung des Unterauftragnehmers entsprechend der Eignung des AN zu überprüfen. Der AG stimmt der Beauftragung von geeigneten und zuverlässigen Unterauftragnehmern zu, sofern nicht im Einzelfall besondere Umstände gegen die konkrete Unterbeauftragung sprechen. Ein Anspruch auf Erteilung einer solchen Zustimmung besteht jedoch nicht.

## **§ 14 Leistungsänderungen, Zusatzaufträge**

- (1) Der AN steht dem AG grundsätzlich für weitere zusätzliche Aufträge zur Verfügung, die nicht von § 1 dieses Vertrages i.V.m. der Leistungsbeschreibung erfasst werden, soweit sein Betrieb hierauf eingerichtet ist und es sich um eine nach § 132 GWB zulässige Auftragsänderung handelt.
- (2) Der AN legt dem AG vor Ausführung der geänderten bzw. zusätzlichen Leistung ein schriftliches Nachtragsangebot vor. Ohne schriftliche Bestätigung des Nachtragsangebots durch den AG erfolgt eine gesonderte Vergütung von Zusatzleistungen nicht.

## **§ 15 Haftung und Versicherung**

- (1) Für Pflichtverletzungen des AN gelten die Regelungen aus § 7 VOL/B.
- (2) Der AN übernimmt die volle Gewähr dafür, dass die von ihm angebotene Ware frei von jeglichen Mängeln ist und den Vorgaben des Produktsicherheitsgesetzes vollumfänglich entspricht.

- (3) Der AN hat während der Laufzeit des Vertrages eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und aufrechtzuerhalten, die seine Haftung und alle branchenüblichen Risiken abdeckt. Dies umfasst insbesondere eine Betriebs- bzw. Berufshaftpflichtversicherung. Die Deckungssumme beträgt mindestens die in Ziffer 5. des Eignungsbogens genannten Summen.
- (4) Der AN ist verpflichtet, sämtliche Lohnnebenkosten ordnungsgemäß abzuführen. Auf Verlangen des AG ist die Anmeldung der vom AN eingesetzten Arbeitskräfte zu allen Zweigen der sozialen Sicherheit, die nach dem auf die Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer anzuwendenden Recht zu entrichten sind, nachzuweisen.

## **§ 16 Regelungen zum Mindestlohngesetz**

- (1) Der AN sichert dem AG zu,
- a) den gesetzlich geforderten Mindestlohn in der jeweiligen aktuellen gesetzlich geforderten Höhe oder – falls für die betreffende Branche ein verbindlicher Tariflohn (z. B. allgemeinverbindlicher Tarifvertrag oder tarifvertraglich festgesetzter Branchenmindestlohn gem. § 1 Abs. 3 MiLoG) gilt – mindestens diesen verbindlichen Tariflohn rechtzeitig zu bezahlen.
  - b) keinen Unterauftragnehmer einzusetzen, der den gesetzlichen Mindestlohn oder verbindlichen Tariflohn nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
  - c) dass weder er noch einer seiner Unterauftragnehmer einen Verleiher (Zeitarbeitsunternehmen) beauftragt, der diesen gesetzlichen Mindestlohn oder verbindlichen Tariflohn nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
  - d) dass weder für ihn noch für einen seiner Unterauftragnehmer Ausschlussgründe im Sinne des § 19 Abs. 1 MiLoG von der Vergabe öffentlicher Aufträge vorliegen.
- (2) Der AN verpflichtet sich, dem AG jederzeit auf Verlangen aktuelle Nachweise (z.B. Stundennachweise, anonymisierte Lohnabrechnungen, Mitarbeiterlisten) über die Zahlung des Mindestlohns bzw. – soweit einschlägig – des verbindlichen Tariflohns von ihm und seinen Unterauftragnehmern unverzüglich vorzulegen.
- (3) Der AN wird dem AG unverzüglich über die Inanspruchnahme durch Dritte oder die Einleitung von Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz oder gegen einen verbindlichen Tariflohn gegen sich oder gegen einen von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetzten Unterauftragnehmer und / oder Verleiher unterrichten.
- (4) Der AN verpflichtet sich, die Einhaltung der vorgenannten Verpflichtungen auch seitens der von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetzten Unterauftragnehmer und / oder Verleiher sicherzustellen.
- (5) Der AN wird den AG von jeglichen Ansprüchen Dritter oder behördlichen Bußgeldern, die auf Verstößen gegen das Mindestlohngesetz oder gegen einen verbindlichen Tariflohn durch den AN, durch einen seiner Unterauftragnehmer und / oder einen vom AN oder dessen Unterauftragnehmer beauftragten Verleiher (Zeitarbeitsunternehmen) beruhen, freistellen.

Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

- (6) Im Falle der Nichteinhaltung vorstehender Pflichten ist der AG berechtigt, fällige Zahlungen an den AN einzubehalten, bis diese Pflichten erfüllt sind.
- (7) Sollte der AN gegen die vorstehenden Verpflichtungen verstoßen, ist der AG ungeachtet weitergehender Rechte befugt, ihm eine angemessene Frist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen und nach fruchtlosem Fristablauf den Vertrag zu kündigen.
- (8) Bei schuldhaftem Verstoß gegen diese Verpflichtungen ist der AG zur außerordentlichen Kündigung mit sofortiger Wirkung berechtigt.

## **§ 17 Vertraulichkeit, Datenschutz**

- (1) Bei der Betreuung des Corporate Design Service Portals stellt der AN sicher, dass
- auf der Website eine aktuelle Transportverschlüsselung genutzt wird (derzeit: TLS 1.3)
  - die auf der gehosteten Website ggf. erhobenen Server-Logfiles nicht mehr als eine Woche gespeichert werden und die darin erhobenen Daten nicht mit anderen Daten verknüpft werden, es sei denn die Speicherung ist zur Fehleranalyse oder zur Aufklärung einer Straftat erforderlich.
  - ein datenschutzkonformer Cookie-Banner implementiert wird, sofern die eingesetzten Cookies dies erfordern.
  - das ggf. eingesetzte Tracking-Verfahren oder Verfahren zur Reichweitenmessung die IP-Adressen oder andere erhobene Daten, die auf den Besucher hinweisen, wie z.B. Gerätedaten, zum frühestmöglichen Zeitpunkt anonymisiert werden; die Möglichkeit eines Rückschlusses auf eine natürliche Person ist unzulässig. Idealerweise wird der eTracker oder Matomo genutzt.
  - die von dem ggf. eingesetzten Tracking-Verfahren verwendete Widerspruchsmöglichkeit implementiert wird.
  - die ggf. durch ein Tracking-Verfahren erhobenen Daten, auch wenn es sich nicht um personenbezogene Daten handelt, auf Servern innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gespeichert werden und Dritten nicht zur Verfügung stehen.
  - Kontaktformulare ausreichend entsprechend § 19 TDDDG verschlüsselt sind; Kontaktformulare enthalten einen Hinweis auf die Verarbeitung personenbezogener Daten mit entsprechendem Link auf die Datenschutzerklärung. Der AN implementiert – sofern erforderlich – Einwilligungserklärungen in der Art, dass die Dokumentation der Einwilligungen möglich ist und der AG seinen Pflichten als Verantwortlicher (Art. 4 Nr. 7 DSGVO) bzw. als Diensteanbieter (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 TDDDG) gerecht werden kann. Dies betrifft unter anderem die Darstellung der Links auf das Impressum und die Datenschutzerklärung auf jeder Unterseite der Website. Der AN ist für die Aktualität der Datenschutzerklärung verantwortlich und stimmt Änderungen mit dem AG ab.



Vorhaben: Rahmenvereinbarung Beratungs- und Serviceleistungen zum Corporate Design, Template-Erstellung und Portalbetreuung (26\_EU\_013), Version 1

---

- (2) Die Parteien schließen einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Artikel 28 DSGVO, um die Verarbeitung personenbezogener Daten betroffener Personen durch den AN zu ermöglichen. Der AN füllt die vom AG zur Verfügung gestellte Anlage 1 (Technische und organisatorische Maßnahmen des Auftragnehmers gem. Art. 32 DSGVO) vor Vertragsschluss aus.
- (3) Der AN verpflichtet sich zur unbedingten Verschwiegenheit und Geheimhaltung aller Vorgänge / Informationen, die ihm im Rahmen oder bei Gelegenheit der Abwicklung dieses Vertrages zur Kenntnis kommen. Er versichert, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses von dem AG und weiteren Parteien zur Verfügung gestellten Unterlagen, Daten oder anderweitige Informationen streng vertraulich zu behandeln, Dritten gegenüber – auch über die Dauer des Vertrages hinaus – vertraulich zu behandeln, Dritten nicht zugänglich zu machen und vor dem Zugriff Dritter zu schützen.
- (4) Der AN verpflichtet sich, nur denjenigen Mitarbeitern (einschließlich der freien Mitarbeiter) und / oder Dritten (bspw. Nachunternehmer) die vertraulichen Informationen offen zu legen, die diese für die Durchführung dieses Vertrags kennen müssen.
- (5) Der AN verpflichtet sich ferner, die Geheimhaltungspflicht sämtlichen Mitarbeitern / Angestellten und / oder Dritten, die Zugang zu den vorbezeichneten Vorgängen / Informationen haben, aufzuerlegen und seine Mitarbeiter auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden in arbeitsrechtlich zulässigem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten.
- (6) Die Geheimhaltungspflicht nach Abs. 2 gilt nicht für Informationen, soweit die betreffenden Informationen nachweislich,
- a) dem AN bei Abschluss des Vertrags nachweislich bereits bekannt waren oder danach von dritter Seite bekannt werden, ohne dass dadurch eine vertragliche Vereinbarung, gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen verletzt werden;
  - b) bei Abschluss des Vertrags öffentlich bekannt sind oder danach öffentlich bekannt gemacht werden, soweit dies nicht auf einer Verletzung dieses Vertrags beruht;
  - c) durch den AG ausdrücklich schriftlich zur Weitergabe freigegeben wurden;
  - d) vom AN selbst ohne Zugang zu den vertraulichen Informationen des AG entwickelt wurden,
  - e) aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf Anordnung eines Gerichts oder Behörde offengelegt werden müssen. Soweit zulässig und möglich, wird der AN den AG hierüber so früh wie möglich informieren und ihm Gelegenheit geben, gegen die Pflicht zur Offenlegung vorzugehen.
- (7) Werden dem AN vertrauliche Informationen von dritter Seite bekannt gemacht, hat er den AG hierüber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen.



## **§ 18 Kündigung und Antikorruptionsklausel**

- (1) Ausschlussgründe im Sinne des § 123 Abs. 4 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und des § 124 Abs. 1 Nr. 3, 8 GWB berechtigen den AG zur Kündigung aus wichtigem Grund.
- (2) Eine Kündigung des AG kann daher erfolgen, wenn
- a) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass der AN seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.
  - b) der AN im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des AN infrage gestellt wird. Dabei ist das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person dem AN zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des AN Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
  - c) der AN in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.
- (3) Ein Ausschlussgrund nach Absatz 1 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne GWB, insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.
- (4) Die Möglichkeit der Kündigung des Vertrages nach § 133 GWB bleibt unberührt.
- (5) Der AN hat dem AG alle Schäden zu ersetzen, die dem AG unmittelbar oder mittelbar durch die Kündigung entstehen. Sofern der AG keinen höheren Schaden nachweist, hat der AN an den AG eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % der Brutto-Auftragssumme dieses Vertrages zu bezahlen. Dem AN bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der AN diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.
- (6) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB vor, weil der AN nachweislich eine schwere Verfehlung (Vorteilsgewährung nach § 333 StGB oder Bestechung nach § 334 StGB) begangen hat, hat der AN an den AG für jede Verfehlung eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob der AG sein Recht auf Rücktritt vom Vertrag ausübt oder nicht. Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile, insgesamt jedoch höchstens 5 % der Brutto-Auftragssumme dieses Vertrages. Weitergehende Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatz angerechnet.

## **§ 19 Minderung / Aufrechnung / Zurückbehaltungsrechte**

Der AN kann gegenüber den Forderungen des AG aus diesem Vertrag mit einer Gegenforderung nur aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht nur ausüben, wenn die Forderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

## **§ 20 In-Kraft-Treten, Laufzeit und Kündigung**

- (1) Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande.
- (2) Die Leistungszeit beginnt mit der Übernahme sämtlicher vertragsgegenständlicher Leistungen durch den AN. Vorab sind ab Zuschlagserteilung bis zum Beginn der eigentlichen Leistungszeit die gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Migrations-/Transitionsleistungen (siehe Ziff. 13 der Leistungsbeschreibung) durch den AN zu erbringen. Die Leistungszeit verlängert sich automatisch bis zu zweimal um jeweils ein weiteres Jahr, wenn der AG jeweils nicht spätestens sechs Monate vor Ende der jeweiligen Laufzeit den Vertrag kündigt. Die Laufzeit des Vertrages endet in jedem Fall spätestens vier Jahre nach Beginn der Leistungszeit, ohne dass es hierfür einer gesonderten Kündigung bedarf.
- (3) Einzelabrufe, die rechtzeitig bis zum Ende der Vertragslaufzeit beauftragt wurden, sind auch nach Ablauf der Vertragslaufzeit gemäß Vertrag noch zu erfüllen. Nach Ablauf der Vertragslaufzeit können jedoch keine weiteren Einzelabrufe erfolgen.
- (4) Es wird ein maximales Abrufvolumen i.H.v. 530.000 Euro (netto) vereinbart. Der Rahmenvertrag endet mit Ausschöpfung dieses Volumens oder mit Ablauf der Vertragslaufzeit, je nachdem, was zuerst eintritt. § 132 GWB bleibt unberührt.
- (5) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund besteht beispielsweise in der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten sowie in der Einstellung der Leistungen durch den AN. Den Parteien steht ein außerordentliches Kündigungsrecht aus wichtigem Grund auch dann zu, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien nachhaltig gestört ist.
- (6) Eine Kündigung hat in Textform an das E-Mail-Postfach [bln-dd.einkauf@dguv.de](mailto:bln-dd.einkauf@dguv.de) zu erfolgen.
- (7) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.
- (8) In zeitlicher Abstimmung mit dem AG, spätestens zum Vertragsende stellt der AN alle erforderlichen Zugangsdaten zur Verfügung, die für eine unmittelbare Pflege und Weiterentwicklung der Website erforderlich sind. Daneben stellt der AN dem AG eine Kopie sämtlicher relevanter Daten (insbesondere, aber nicht abschließend, die Sicherungskopie des CMS-Systems) zur Verfügung. Es sind darüber hinaus die Anforderungen der Leistungsbeschreibung zu beachten.

## **§ 21 Änderungsklausel**

Für den Fall, dass der AN vor vollständiger Leistungserbringung wegen außerordentlicher Beendigung, Insolvenz oder aus einem anderen Grund ausfällt, behält sich der AG vor, die verbleibenden Dienstleistungen den übrigen Bietern in der Reihenfolge des Ausschreibungsergebnisses bis Platz 3 auf Basis der Angebote aus dem Vergabeverfahren anzubieten.

## **§ 22 Formerfordernis**

Dieser Vertrag regelt die Beziehungen der Parteien hinsichtlich des Vertragsgegenstandes abschließend und ersetzt alle früheren Absprachen. Mündliche oder schriftliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen und einschließlich dieser Formabrede bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

## **§ 23 Salvatorische Klausel**

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Parteien vereinbaren für diesen Fall, eine andere Bestimmung zu treffen, welche der unwirksamen Bestimmung dem Sinn und der wirtschaftlichen Bedeutung nach möglichst nahekommt. Dasselbe gilt für den Fall einer Regelungslücke.

## **§ 24 Gerichtsstand und anwendbares Recht**

(1) Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen.

(2) Sofern eine Gerichtsstandvereinbarung gemäß § 38 ZPO zulässig ist, vereinbaren die Parteien als ausschließlichen Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag Berlin.